

Hiermit wird



Rechtsanwalt Daniel Nowack
Otto-Grotewohl-Ring 72
15344 Strausberg

Zustellungen werden an meine Kanzlei erbeten!

Tel.: 03341 / 411 49 19
Fax: 03341 / 411 49 18
info@kanzleinowack.de

STRAFPROZESSVOLLMACHT

erteilt in der Bußgeldsache

gegen

wegen

zu meiner Verteidigung und Vertretung in allen Instanzen sowie im Vorverfahren erteilt und zwar auch für den Fall meiner Abwesenheit zur Vertretung nach § 73 Abs. 3 OWiG mit ausdrücklicher Ermächtigung auch nach §§ 233, 234 StPO, mit der besonderen Befugnis:

1. Akteneinsicht zu nehmen,
2. Strafanträge zu stellen, Rechtsmittel einzulegen, ganz oder teilweise zurückzunehmen oder auf sie zu verzichten und solche auf Strafausspruch und Strafmaß zu beschränken, sowie Zustellungen aller Art insbesondere auch von Urteilen und Beschlüssen entgegenzunehmen,
3. Untervertreter – auch nach § 139 StPO – zu bestellen,
4. zur Stellung von Anträgen auf Wiedereinsetzung, Haftentlassung, Strafaussetzung, Kostenfestsetzung, Wiederaufnahme des Verfahrens, die Stellung von Anträgen nach dem Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen, für das Betragsverfahren und sonstige Anträge, insbesondere Entbindung des Angeklagten von der Verpflichtung zum Erscheinen in der Hauptverhandlung. Wird diese bewilligt, gilt vorliegende Vollmacht zugleich als besondere Verhandlungsvollmacht,
5. zur Entgegennahme von Geldern, Wertsachen und Urkunden, soweit das Verfahren dazu Anlass gibt, sowie zum Empfang der von der Staatskasse erstatteten Kosten und freigegebenen Sicherheitsleistungen,
6. zur Begründung und Aufhebung von Verträgen und zur Abgabe und Empfang von Willenserklärungen aller Art einschließlich einseitiger Rechtsgeschäfte, soweit sie im Zusammenhang mit vorbezeichneter Angelegenheit stehen.

-----, den -----
(Ort) (Datum)

(Auftraggeber)

MANDANTENBOGEN



Kanzlei für Verkehrsrecht

- Daniel Nowack -

PERSÖNLICHE ANGABEN (Pflichtangaben gemäß § III OWiG)

Name	Vorname
ggf. Geburtsname	Beruf
Geburtsdatum	Geburtsort
Familienstand	Staatsangehörigkeit
Straße	Hausnummer
PLZ	Wohnort

KORRESPONDENZ

Telefon Festnetz (Vorwahl / Rufnummer)	Telefon mobil (Vorwahl / Rufnummer)
Telefax (Vorwahl / Rufnummer)	E-Mail-Adresse
Korrespondenz (Auf welchem Wege soll die Korrespondenz mit Ihnen geführt werden?)	<input type="checkbox"/> E-Mail <input type="checkbox"/> Briefpost

RECHTSSCHUTZVERSICHERUNG

Sind Sie rechtsschutzversichert?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Name der Versicherung	Versicherungs-Nr.

FINANZIELLES

(Bitte geben Sie Ihre Bankverbindung für etwaige Erstattungen an. Ein SEPA-Mandat ist hiermit <u>nicht</u> verbunden.)	Sind Sie vorsteuerabzugsberechtigt (Unternehmer)? <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
IBAN	
BIC	
Name der Bank	

Herr Frau _____

(im Folgenden geschlechtsneutral „Auftraggeber“ genannt)

beauftragt hiermit



Kanzlei für Verkehrsrecht

- Daniel Nowack -

Rechtsanwalt Daniel Nowack, kanzleiensässig Otto-Grotewohl-Ring 72, 15344 Strausberg, Tel.: 03341 / 411 49 19, Fax: 03341 / 411 49 18, E-Mail: info@kanzleinowack.de, Homepage: www.kanzleinowack.de, Steuer-Nr.: 064 / 253 / 05784

auf der Grundlage und unter Einbeziehung der unter gesonderter Überschrift nachfolgenden allgemeinen Mandatsbedingungen, von denen dem Auftraggeber vor Unterzeichnung dieses Anwaltsvertrages ein Exemplar ausgehändigt wurde und von deren Inhalt der Auftraggeber bei dieser Gelegenheit Kenntnis nehmen konnte, mit der Wahrnehmung seiner rechtlichen Interessen, soweit diese durch folgenden, dem Rechtsanwalt geschilderten Sachverhalt berührt sind:

Eine Vergütungsvereinbarung wurde wurde nicht ergänzend zu diesem Vertrag vereinbart.

Der Auftraggeber ist darauf hingewiesen worden, dass ihm bei Abschluss des Vertrages außerhalb von Geschäftsräumen oder im Fernabsatz ein Widerrufsrecht zusteht. Ferner wurde ihm ein Muster – Widerrufsformular ausgehändigt.

Der Auftraggeber erklärt:

„Bevor ich Rechtsanwalt Daniel Nowack den obigen Auftrag erteilt habe, ist mir ein Exemplar der umseitigen allgemeinen Mandatsbedingungen, der Mitteilung über die gesetzlich vorgeschriebenen Informationen zum Vertrag, der Hinweise zur Datenverarbeitung, der Widerrufsbelehrung sowie des Muster - Widerrufsformulars ausgehändigt und mir die Gelegenheit zur Kenntnisnahme gegeben worden. Ich verlange eine sofortige Ausführung der Dienstleistung, auch wenn hierdurch ggf. mein Widerrufsrecht eingeschränkt wird. Mir ist erläutert worden, dass die Höhe der Anwaltsgebühren nach den Gegenstandswerten der ihm übertragenen Angelegenheiten berechnet werden, soweit es sich dabei nicht um strafrechtliche oder solche aus dem Recht der Ordnungswidrigkeiten handelt.“

(Datum, Ort)

(Unterschrift des Auftraggebers)

Allgemeine Mandatsbedingungen

1. Geltungsbereich

Gegenstand des zwischen Rechtsanwalt Daniel Nowack (im Folgenden „Rechtsanwalt“) und dem Auftraggeber (im Folgenden „Mandant“) geschlossenen Anwaltsvertrages sind die Erteilung von Rat und Auskunft oder Geschäftsbesorgung in Gestalt außergerichtlicher Vertretung oder Prozessführung. Die allgemeinen Mandatsbedingungen des Rechtsanwalts gelten auch für alle weiteren vom Mandanten noch zu erteilenden Aufträge im Zusammenhang mit dem geschilderten Sachverhalt.

2. Umfang

Der Umfang des Mandatsverhältnisses wird durch den konkreten Auftrag des Mandanten bestimmt und begrenzt, der durch den Rechtsanwalt angenommen wurde. Dies gilt insbesondere für die Einlegung von Rechtsmitteln und Rechtsbehelfen sowie die Erhebung von Klagen. Die Annahme des Auftrages erfolgt durch ausdrückliche Erklärung oder eine nach außen gerichtete Handlung des Rechtsanwalts, die zumindest einen Teil der Ausführung des Auftrages darstellt. Danach wird durch den Rechtsanwalt eine an den Grundsätzen ordnungsgemäßer Berufsausübung orientierte Mandatsführung geschuldet, **nicht** hingegen das Erreichen eines bestimmten rechtlichen oder wirtschaftlichen Erfolges.

3. Pflichten des Mandanten

Der Mandant unterrichtet den Rechtsanwalt vollständig und umfassend über den Sachverhalt und stellt diesem sämtliche für die Bearbeitung seiner Angelegenheit erforderlichen Informationen mit Erteilung des Auftrages zur Verfügung. Er hält den Rechtsanwalt über sämtliche während des Mandatsverhältnisses gegenüber Gerichten, Behörden, Dritten und dem Gegner vorgenommenen Handlungen und abgegebenen Erklärungen unterrichtet und informiert ihn unverzüglich über Änderungen der Personen-, Anschriften- und Telekommunikationsdaten. Der Rechtsanwalt kann den Angaben des Mandanten grundsätzlich ungeprüft vertrauen und selbige der Bearbeitung der Angelegenheit zugrunde legen. Sämtliche Schriftstücke des Rechtsanwalts werden auf die richtige und vollständige Wiedergabe des Sachverhalts hin durch den Mandanten überprüft.

4. Datenschutz

Hinsichtlich der gesetzlichen Vorgaben zum Datenschutz nach der am 25.05.2018 in Kraft getretenen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) wird auf die anliegenden Hinweise zur Datenverarbeitung hingewiesen, welche Bestandteil des Vertrages sind.

5. Kommunikation

Die vom Mandanten zur Verfügung gestellten Adress-, Telekommunikations- und Verbindungsdaten dürfen von der Kanzlei des Rechtsanwalts zum Austausch von Informationen mit dem Mandanten verwendet werden. Dem Mandanten ist bekannt, dass die Kommunikation über elektronische Verbindungen keine Gewähr für deren Vertraulichkeit leistet. Bietet der Mandant dennoch eine E-Mail-Adresse an, erklärt er damit sein Einverständnis damit, dass der Rechtsanwalt darüber mit ihm unverschlüsselt Informationen austauscht; es sei denn, der Mandant widerspricht dem ausdrücklich in Schriftform.

6. Entbindung von der Verpflichtung zur Verschwiegenheit

Wird der Rechtsanwalt beauftragt, die ihm übertragene Angelegenheit einem Rechtsschutzversicherungsunternehmen als Rechtsschutzfall zu melden und bei diesem die Erbringung von Versicherungsleistungen anzufordern, ist der Mandant mit der Übermittlung sämtlicher für die Abwicklung des Versicherungsfalles erforderlicher Daten an den Versicherer einverstanden und entbindet den Rechtsanwalt insoweit von dessen Verpflichtung zur Verschwiegenheit. Die Entbindung gilt auch, soweit zur sachdienlichen Erledigung des Auftrages erforderlich, für die Kommunikation mit Gerichten, Behörden, Dritten und dem Gegner.

7. Vergütung

Haben Rechtsanwalt und Mandant keine Vergütungsvereinbarung geschlossen, bestimmt der Rechtsanwalt seine Vergütung nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (kurz: RVG). Der Berechnung der Gebühren nach dem RVG wird der wirtschaftliche Wert der übertragenen Angelegenheit zugrunde gelegt, es sei denn, es handelt sich um eine strafrechtliche Angelegenheit oder um eine solche aus dem Ordnungswidrigkeitenrecht. Bei Rahmengebühren bestimmt der Rechtsanwalt die Gebühr im Einzelfall unter Berücksichtigung aller Umstände, vor allem des Umfangs und der Schwierigkeit der anwaltlichen Tätigkeit, der Bedeutung der Angelegenheit sowie der Einkommens- und Vermögensverhältnisse des Mandanten nach billigem Ermessen. Ein besonderes Haftungsrisiko des Rechtsanwalts kann bei der Bemessung herangezogen werden. Bei Rahmengebühren, die sich nicht nach dem Gegenstandswert richten, ist das Haftungsrisiko zu berücksichtigen. Ist die Gebühr von einem Dritten zu ersetzen, ist die von dem Rechtsanwalt getroffene Bestimmung nicht verbindlich, wenn sie unbillig ist (§ 14 RVG).

8. Abtretung / Aufrechnung

Der Mandant tritt sämtliche Ansprüche auf Kostenerstattung gegen die Gegenseite, die Staatskasse, den Rechtsschutzversicherer oder sonstige Dritte in Höhe der Vergütungsforderung des Rechtsanwalts als Sicherheit an diesen mit der Ermächtigung ab, die Abtretung dem Zahlungsverpflichteten anzuzeigen und die Forderung einzuziehen, soweit der Mandant mit seinen Zahlungsverpflichtungen in Verzug gerät oder Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens über sein Vermögen gestellt ist. Der Rechtsanwalt ist berechtigt, eingehende Erstattungsbeträge und sonstige dem Mandanten zustehende Forderungen mit offenen Vergütungsforderungen zu verrechnen, soweit dies gesetzlich zulässig ist.

9. Haftung und Haftungsbeschränkung

Die Haftung des Rechtsanwalts auf Ersatz eines durch einfache Fahrlässigkeit verursachten Schadens wird hiermit auf 250.000,00 € beschränkt. Die Haftungsbeschränkung gilt nicht für grob fahrlässig oder vorsätzlich verursachte Schäden und ebenfalls nicht für schuldhaft verursachte Schäden wegen Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit einer Person.

10. Salvatorische Klausel

Sollten eine oder mehrere dieser Regelungen lückenhaft, unwirksam oder nicht durchführbar sein, wird die Wirksamkeit der übrigen Vereinbarung dadurch nicht berührt. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Regelung tritt eine solche, die im Rahmen des rechtlich Zulässigen dem entspricht oder am nächsten kommt, was die Vertragsparteien in Kenntnis der Unwirksamkeit oder Undurchführbarkeit stattdessen gewollt haben würden.

Informationen zum Vertrag und Widerrufsbelehrung

Gemäß der Richtlinie 2011/93/EU der Europäischen Union und der Verordnung über Informationspflichten für Dienstleistungserbringer (DL-InfoV) teile ich Ihnen folgende Informationen mit:

Dienstleistungserbringer: Rechtsanwalt Daniel Nowack, Otto-Grotewohl-Ring 72, 15344 Strausberg, Telefon: 03341 / 411 49 19, Telefax: 03341 / 411 49 18, E-Mail: info@kanzleinowack.de; eingetragen in das bundesweite amtliche Anwaltsverzeichnis, abrufbar unter www.rechtsanwaltsregister.org

Berufsaufsicht: Die Berufsaufsicht wird ausgeübt durch die Rechtsanwaltskammer des Landes Brandenburg, Grillendamm 2, 14776 Brandenburg an der Havel. Die gesetzliche Berufsbezeichnung „Rechtsanwalt“ wurde in Deutschland verliehen. Berufsrechtliche Regelungen für Rechtsanwälte finden Sie in der Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO) sowie in der Berufsordnung für Rechtsanwälte (BORA). Die Regelungen sind unter www.rak-brb.de einsehbar.

Zuständiges Finanzamt: Finanzamt Strausberg, Prötzeler Chaussee 12, 15344 Strausberg, Steuer-Nr.: 064/253/05784

Berufshaftpflichtversicherung: HDI Versicherung AG; HDI-Platz 1, 30659 Hannover; Geltungsraum der Versicherung: Europa

Preisberechnung: Haben Rechtsanwalt und Mandant keine Vergütungsvereinbarung geschlossen, bestimmt der Rechtsanwalt seine Vergütung nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (kurz: RVG). Der Berechnung der Gebühren nach dem RVG wird der wirtschaftliche Wert der übertragenen Angelegenheit zugrunde gelegt, es sei denn, es handelt sich um eine strafrechtliche Angelegenheit oder um eine solche aus dem Ordnungswidrigkeitenrecht. Bei Rahmengebühren bestimmt der Rechtsanwalt die Gebühr im Einzelfall unter Berücksichtigung aller Umstände, vor allem des Umfangs und der Schwierigkeit der anwaltlichen Tätigkeit, der Bedeutung der Angelegenheit sowie der Einkommens- und Vermögensverhältnisse des Mandanten nach billigem Ermessen. Ein besonderes Haftungsrisiko des Rechtsanwalts kann bei der Bemessung herangezogen werden. Bei Rahmengebühren, die sich nicht nach dem Gegenstandswert richten, ist das Haftungsrisiko zu berücksichtigen. Ist die Gebühr von einem Dritten zu ersetzen, ist die von dem Rechtsanwalt getroffene Bestimmung nicht verbindlich, wenn sie unbillig ist (§ 14 RVG).

Widerrufsbelehrung

Sie haben das Recht, binnen vierzehn Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beträgt vierzehn Tage ab dem Tag des Vertragsschlusses.

Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie uns (Rechtsanwalt Daniel Nowack, Otto-Grotewohl-Ring 72, 15344 Strausberg, Telefon: 03341 / 411 49 19, Telefax: 03341 / 411 49 18, E-Mail: info@kanzleinowack.de) mittels einer eindeutigen Erklärung (z.B. ein mit der Post versandter Brief, Telefax oder E-Mail) über Ihren Entschluss, diesen Vertrag zu widerrufen, informieren. Sie können dafür das beigefügte Muster-Widerrufsformular verwenden, das jedoch nicht vorgeschrieben ist.

Zur Wahrung der Widerrufsfrist reicht es aus, dass Sie die Mitteilung über die Ausübung des Widerrufsrechts vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden.

Folgen des Widerrufs

Wenn Sie diesen Vertrag widerrufen, haben wir Ihnen alle Zahlungen, die wir von Ihnen erhalten haben, einschließlich etwaiger Lieferkosten, unverzüglich und spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag zurückzuzahlen, an dem die Mitteilung über Ihren Widerruf dieses Vertrags bei uns eingegangen ist. Für diese Rückzahlung verwenden wir dasselbe Zahlungsmittel, das Sie bei der ursprünglichen Transaktion eingesetzt haben, es sei denn, mit Ihnen wurde ausdrücklich etwas anderes vereinbart; in keinem Fall werden Ihnen wegen dieser Rückzahlung Entgelte berechnet.

Haben Sie verlangt, dass die Dienstleistung während der Widerrufsfrist beginnen soll, so haben Sie uns einen angemessenen Betrag zu zahlen, der dem Anteil der bis zu dem Zeitpunkt, zu dem Sie uns von der Ausübung des Widerrufsrechts hinsichtlich dieses Vertrages unterrichten, bereits erbrachten Dienstleistungen im Vergleich zum Gesamtumfang der im Vertrag vorgesehenen Dienstleistungen entspricht.

Muster – Widerrufsformular

Wenn Sie den Vertrag widerrufen wollen, dann füllen Sie bitte dieses Formular aus und senden Sie es zurück.

An Rechtsanwalt Daniel Nowack, Otto-Grotewohl-Ring 72, 15344 Strausberg, Telefax: 03341 / 411 49 18,
E-Mail: info@kanzleिनowack.de

Hiermit widerrufe(n) ich/wir (*) den von mir/uns (*) abgeschlossenen Vertrag über die Erbringung der folgenden Dienstleistung

Bestellt am: _____

Name des Verbrauchers: _____

Anschrift des/der Verbraucher(s): _____

Datum: _____

Unterschrift (nur bei Mitteilung auf Papier): _____

(*) = Unzutreffendes bitte streichen.

Hinweise zur Datenverarbeitung

1. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen sowie des betrieblichen Datenschutzbeauftragten

Diese Datenschutzhinweise gelten für die Datenverarbeitung durch:

Verantwortlicher: Rechtsanwalt Daniel Nowack, Otto-Grotewohl-Ring 72, 15344 Strausberg, Deutschland, Email: info@kanzleinandack.de - Telefon: +49 (0)3341 / 411 49 19

2. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck und deren Verwendung

Wenn Sie uns mandatieren, erheben wir folgende Informationen:

- Anrede, Vorname, Nachname,
- eine gültige E-Mail-Adresse,
- Anschrift,
- Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk)
- Informationen, die für die Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats notwendig sind

Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

- um Sie als unseren Mandanten identifizieren zu können;
- um Sie angemessen anwaltlich beraten und vertreten zu können;
- zur Korrespondenz mit Ihnen;
- zur Rechnungsstellung;
- zur Abwicklung von evtl. vorliegenden Haftungsansprüchen sowie der Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie;

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Ihre Anfrage hin und ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des Mandats und für die beidseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Mandatsvertrag erforderlich.

Die für die Mandatierung von uns erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für Anwälte (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde,) gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass wir nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind oder Sie in eine darüber hinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben.

3. Weitergabe von Daten an Dritte

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt.

Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von Mandatsverhältnissen mit Ihnen erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Verfahrensgegner und deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte) sowie Gerichte und andere öffentliche Behörden zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte. Die weitergegebenen Daten dürfen von dem Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden.

Das Anwaltsgeheimnis bleibt unberührt. Soweit es sich um Daten handelt, die dem Anwaltsgeheimnis unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Absprache mit Ihnen.

4. Betroffenenrechte

Sie haben das Recht:

- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber uns zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen;
- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;
- gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und
- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden.

5. Widerspruchsrecht

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben.

Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine E-Mail an

info@kanzleinowack.de